

# Stenographisches Protokoll

19. Sitzung der XIII. Wahlperiode des Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 24. April 1980

## Protokollauszug

### 1. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanzausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 90), mit dem das Burgenländische Gemeinde-Investitionsfondsgesetz geändert wird (Zl. 13 – 49) (Beilage 92)

**Präsident:** Der 1. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanzausschusses betreffend den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gemeinde-Investitionsfondsgesetz geändert wird (Zl. 13 – 49).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Diplom-Ingenieur Karall.

Ich schlage vor, General- und Spezialdebatte in einem abzuführen. Erhebt sich dagegen ein Einwand? – Das ist nicht der Fall. Das Hohe Haus ist mit meinem Vorschlag einverstanden.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter um seine Ausführungen.

**Berichterstatter Dipl. Ing. Karall:** Herr Präsident! Hohes Haus! Das Burgenländische Gemeinde-Investitionsfondsgesetz soll gemäß der Ihnen vorliegenden Regierungsvorlage abgeändert werden. Die wesentlichsten Bestimmungen sind die Tatsachen, daß die Gemeindeverbände und die Wasserverbände in die Förderungstätigkeit miteinbezogen werden sollen, daß eine Neuregelung hinsichtlich der nicht-rückzahlbaren Beiträge erfolgen soll, daß die Zinssätze für die Fondsdarlehen geändert werden sollen, und daß nunmehr insbesondere auch die Wasserversorgungsanlagen durch den Gemeinde-Investitionsfonds gefördert werden sollen. Zum letzten ist es die Bestimmung, daß der Haftungsrahmen des Landes von 250 Millionen Schilling um 300 Millionen auf 550 Millionen Schilling ausgeweitet werden kann, und daß eine diesbezügliche Ermächtigung an die Landesregierung ergehen soll.

Die Regierungsvorlage wurde sowohl im Finanzausschuß als auch im Rechtsausschuß, die beide heute getagt haben, behandelt. Ich darf Ihnen namens der beiden Ausschüsse empfehlen, die Regierungsvorlage unverändert anzunehmen.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Dax. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Dr. Dax (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Vom Gesamtinvestitionsbedarf der Gemeinden Österreichs entfallen 31 Prozent auf Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen; somit der überwiegende Teil der Investitionen. Hierbei zeigen sich aber auch unterschiedlich gelagerte Investitionsschwerpunkte bei den Gemeindegrößen mit weniger beziehungsweise mehr als 5.000 Einwohnern. Bei den Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern, das sind fast alle burgenländischen Gemeinden, beanspruchen die Wasserversorgungs- und Entsorgungsinvestitionen mit 43 Prozent nach wie vor den größten Anteil am Investitionsvolumen.

Im Haushaltsjahr 1979 wurden von der Aufsichtsbehörde Darlehen von Gemeinden im Gesamtbetrag von 479 Millionen Schilling und neue Haftungen im Gesamtbetrag von 450 Millionen Schilling genehmigt. Diese Haftungen wurden von den Gemeinden zum größten Teil für Darlehensschulden der Wasser- und Abwasserverbände und dergleichen übernommen, die ihrerseits wieder die Darlehen aus den Mitgliedsbeiträgen der Gemeinden zurückzahlen müssen. Daher erscheint es notwendig, daß die Gemeinden gerade in diesem Bereich der Infrastruktur die Hilfe sowohl des Landes als auch des Bundes erhalten.

Aus den Erläuternden Bemerkungen zum Gemeinde-Investitionsfondsgesetz 1973 geht hervor, daß der Fonds ursprünglich den Zweck haben sollte, die bestehenden Finanzierungslücken bei Gemeinden und Gemeindeverbänden in kurzer Zeit zu schließen und das bisherige Tempo der Schaffung und Erweiterung von Abwasser- und Müllbeseitigungsanlagen zu beschleunigen. Das Gesetz war daher mit fünf Jahren programmiert und nach Ablauf dieser Frist sollte über die weitere Vorgangsweise entschieden werden.

Da die Versorgung und Entsorgung eine wichtige Aufgabe im Ausbau der Infrastruktur darstellt und noch immer nicht zur Gänze abgeschlossen ist und sich auch die finanzielle Situation der Gemeinden seither nicht gebessert hat, erscheint die weitere finanzielle Hilfestellung seitens des Landes erforderlich. Daher die vorliegende Novelle zu diesem Gesetz.

Der Gemeinde-Investitionsfonds hat in den Jahren seines Bestehens seine Aufgabe voll erfüllt und in den Jahren 1974 bis 1978 Darlehen in der Höhe von circa 323 Millionen Schilling zugesichert. Vor allem der Ausbau der Entsorgungsanlagen, der Kanalisationen, wurde in den einzelnen Bezirken des Burgenlandes wesentlich vorangetrieben und ist, zumindest vom Technischen her, bereits in die Endphase des Ausbaues getreten. Durch die Novelle zum Müllgesetz wurde auch in diesem Bereich ein wesentlicher Fortschritt erzielt.

Die vorliegende Novelle zum Gemeinde-Investitionsfondsgesetz bringt drei wesentliche Änderungen. Einmal die Einbeziehung der Wasserverbände und Wassergenossenschaften in den Gemeinde-Investitionsfonds, damit die Förderung der Errichtung und Erweiterung von Wasserversorgungsanlagen aus Mitteln des GIF. Bei der Beschlußfassung des ursprünglichen Gesetzes wurde die Förderung von Wasserversorgungsanlagen im Hinblick auf den Umstand ausgeschlossen, daß das Land mit diesen Anlagen bereits sehr weitgehend versorgt sei und der Finanzierungsbedarf für Abwasser und Müll unverhältnismäßig größer sei. Ein Blick auf den Zustand der Wasserversorgungsanlagen im Land zeigt, daß diese Annahme nicht für alle Landesteile zutrifft, und daß besondere Maßnahmen notwendig sind, um eine einwandfreie Wasserversorgung aller Bewohner unseres Landes zu sichern.

Der Bereich des nördlichen Burgenlandes wird fast ausschließlich vom Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland versorgt, wofür das Gesetz von 1956 die Grundlage bildet. In der Zwischenzeit wurde durch die Aufnahme der Gemeinden Parndorf, Gols, Pama, Pamhagen, Zurndorf, Wimpassing und Podersdorf der Versorgungsbereich wesentlich ausgedehnt. Einige Gemeinden verfügen über zentrale, eigene Wasserversorgungsanlagen.

Sämtliche Gemeinden des mittleren Burgenlandes sind mit Wasser versorgt, wobei der überwiegende Bedarf von den zwei Wasserverbänden „Mittleres Burgenland“ und „Lockenhaus und Umgebung“ gedeckt wird. Die nicht diesen Verbänden angehörenden Gemeinden sind Selbstversorger mit eigener Quellfassung. Einige von ihnen haben Lieferverträge mit dem Wasserverband Mittleres Burgenland abgeschlossen.

Im Bereich des südlichen Burgenlandes liegt neben vier kleineren Wasserverbänden und vier überörtlichen Anlagen die Hauptlast der Versorgung bei den Wassergenossenschaften. So verfügt der Bezirk Oberwart über 30, der Bezirk Güssing über 90 und der Bezirk Jennersdorf sogar über 92 Wasserversorgungsanlagen, die von den Wassergenossenschaften betreut werden und oft nur drei bis vier Häuser umfassen. Daneben haben im Bezirk Güssing die Ortsteile Urbersdorf, Luisling, Hagensdorf und Reinersdorf keine zentrale Anlage, sondern erfolgt die Versorgung über Hausbrunnen. Die Gründe für die Vielzahl dieser Klein- und Kleinstanlagen liegen im geringen Wasservorkommen dieses Raumes und in der Siedlungs- und Landschaftsstruktur. Die Anlagen, die hauptsächlich in den Jahren 1950 bis 1960 errichtet wurden, entsprachen vollauf den damaligen Gegebenheiten und dem seinerzeitigen Bedarf und bedeuteten damals einen gewaltigen Fortschritt in der infrastrukturellen Erschließung. Die wirtschaftliche Entwicklung, der Ausbau der sanitären Anlagen und der damit verbundene erhöhte Wasserbedarf führten jedoch dazu, daß 70 Prozent dieser Kleinanlagen heute Schwierigkeiten mit der zu liefernden Wassermenge und auch mit der Wasserqualität haben. Letzteres vor allem auch deswegen, da die Quellen meist nur den oberen Grundwasserhorizont erschlossen haben, tiefere Horizonte aber, die vereinzelt für die Wasserversorgung herangezogen wurden, fast nur eisen- und manganhaltiges Wasser bringen, das einer Aufbereitung bedürfte. Die ausreichende und sichere Versorgung der Bevölkerung der drei südlichen Bezirke mit einwandfreiem Trinkwasser ist daher ein Gebot der Stunde.

Die Einbeziehung der Errichtung und Erweiterung von Wasserversorgungsanlagen in den Förderungsrahmen des Gemeinde-Investitionsfonds stellt daher eine begrüßenswerte Maßnahme dar. Ob sie jedoch allein ausreicht um wirksame Abhilfe zu schaffen, ist im Hinblick auf die finanziellen Einschränkungen, unter anderem im § 5, mehr als fraglich.

Damit bin ich schon bei der zweiten Änderung. Der bisher im § 5 für die Leistung des Zinsendien-

stes für Darlehen zu gewährende Zinsenzuschuß von einheitlich 5 Prozent soll nunmehr eine Staffelung erfahren. Und zwar soll der Zinsenzuschuß bei Wasserversorgungs- und Müllanlagen 3 Prozent, bei Abwasserbeseitigungsanlagen 4 Prozent und bei Abwasserbeseitigungsanlagen von überregionaler Bedeutung ausnahmsweise 5 Prozent betragen. Wenn diese Staffelung auf Grund der finanziellen Situation des Landes sich auch als notwendig erweist und, wie aus den Erläuternden Bemerkungen hervorgeht, ihre Ursache sowohl in den gesetzten Prioritäten als auch in der Struktur der Förderungswerber hat, so muß doch bemerkt werden, daß sie eine Verschlechterung der bisherigen Förderungskonditionen bringt, zumal die Darlehensnehmer auch durch die Erhöhung der Darlehenszinsen wesentlich stärker belastet werden. Da einige Rotten und Ortsteile wegen ihrer Streulage und den topografischen Gegebenheiten derzeit nicht an Verbandsanlagen angeschlossen werden können, bringt die unterschiedliche Höhe des Zinsenzuschusses bei Abwasserbeseitigungsanlagen eine ungerechtfertigte Benachteiligung dieser betroffenen Gemeinden, wobei infolge des dadurch erhöhten Kostenaufwandes für den Ausbau eine doppelte Belastung eintritt.

Als dritten Schwerpunkt sieht die Novelle vor, daß der Höchstbetrag, bis zu dem die Landesregierung ermächtigt wird, für die vom Fonds aufzunehmenden Darlehen die Landeshaftung zu übernehmen, von 250 Millionen auf 550 Millionen Schilling aufgestockt wird. Diese Ausweitung erscheint auf Grund der bisher zugesicherten Darlehen — einschließlich des Jahres 1980 werden es Darlehen in der Höhe von über 454 Millionen Schilling sein — notwendig. Bemerkenswert ist auch noch, daß der § 6, der eine Übergangsregelung für bereits begonnene Bauvorhaben und zugesicherte Förderungsmaßnahmen vorsah, entfällt beziehungsweise aufgehoben wird und durch die Bestimmung des Artikel II nur teilweise dafür Ersatz geschaffen wird.

Nun zur Förderung als solche: Die bisherige Förderung bei Wasserversorgungsanlagen seitens des Landes betrug 20 Prozent der Gesamtkosten an verlorener Beihilfe, sprich Subvention, bei normalen Anlagen und 30 Prozent bei überörtlichen Anlagen. Beim Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland gab es für die Erschließung sogar eine fünfzigprozentige Subvention. Das neue Gemeinde-Investitionsfondsgesetz sieht einen nicht rückzahlbaren Beitrag von zehn Prozent der Gesamtkosten der Anlagen und Einrichtungen vor; dazu ein Darlehen bis zu 25 Prozent und einen Zinsenzuschuß für dieses Darlehen bei Wasserversorgungsanlagen von drei Prozent. Im gesamten betrachtet, somit eine wesentlich geringere Förderung als bisher. Und das trifft, wie aus der Situation der Wasserversorgungsanlagen hervorgeht, gerade den südlichen Landesteil. Da in den drei südlichen Bezirken so große Wasservorkommen wie etwa in Neudörfel fehlen, erscheint nur eine großräumige überregionale Wasserversorgung mit Verbundwirkung — ähnlich wie am Energiesektor, wer einen Überschuß hat gibt an Mangel-

gebiete ab — geeignet, die Probleme zu lösen, wobei die Gemeinde- und Genossenschaftsanlagen, die über ein einwandfreies Trinkwasser verfügen, erhalten und auch im Eigentum der bisherigen Baulträger verbleiben sollen.

Der Bezirk Oberwart mit den Gemeinden des Strem- und Pinkatales im Bezirk Güssing könnte ein solches Versorgungsgebiet mit Ringleitung bilden, während für den südlichen Rest des Bezirkes Güssing und für den Bezirk Jennersdorf der Wasserverband „Unteres Lafnitztal“ diese Funktion übernehmen könnte. Hierbei denke ich jedoch an keinen Zwangsverband und an keinen Verband mit Anschlußzwang, sondern an einen Verband, der nur eine Ergänzungsfunktion erfüllt, der eventuell Versorgungsnetze saniert und erweitert und für die sichere und einwandfreie Versorgung dieses Gebietes vorsorgt.

Auch die Ausarbeitung des Projektes für diese überregionale Anlage und die Erschließung zusätzlicher neuer Wasservorkommen hätte seitens des Verbandes zu erfolgen. Für diese überregionale Wasserversorgung reicht die im Gemeinde-Investitionsfondsgesetz vorgesehene Förderung jedoch nicht aus, sondern es müßten zusätzliche Förderungsmaßnahmen hinzukommen, die auch den Süden in dieser Richtung mit den anderen Landesteilen gleichstellen. Denn weder den Anschlußwerbern und Wassergenossenschaften, noch den Gemeinden kann eine zu hohe, weil doppelte Belastung, zugemutet werden.

Die Novelle 1979 zum Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 565/1979, weist vielleicht auf einen ersten Anknüpfungspunkt hin. Danach können für die Erstellung von generellen Projekten und Gutachten, die der Verbesserung des Wasserhaushaltes dienen, nach Maßgabe des Bundesinteresses, Bundesbeiträge bis zu 50 Prozent der anerkannten Kosten gewährt werden, wenn die restlichen Kosten aus Landesmitteln oder aus Interessentenn Mitteln getragen werden. Auch ist vorgesehen, daß Regionalstudien, die der Versorgung mit Trink- und Nutzwasser, einschließlich der Sicherung der künftigen Wasserversorgung dienen, ganz oder teilweise aus Fondsmitteln bestritten werden. Eine solche Regionalstudie beziehungsweise ein generelles Projekt zur Klärung aller offenen Fragen wären ein erster Schritt zur Verwirklichung des aufgezeigten Planes. In der weiteren Folge müßte natürlich auch der Ausbau, sowohl vom Bund über den Wasserwirtschaftsfonds als auch vom Land, großzügigst gefördert werden. Als Abgeordneter des südlichen Burgenlandes stelle ich sowohl an den zuständigen Herrn Bundesminister, als auch an alle Mitglieder der Landesregierung das Ersuchen, dem überregionalen Ausbau der Wasserversorgung in den Bezirken Oberwart, Güssing und Jennersdorf ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, und diesen über die Regelung des Gemeinde-Investitionsfondsgesetzes hinaus, durch Förderungsmaßnahmen wirksam zu unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In das Budget 1980 wurden bereits die finanziellen Vorsorgen für diese Gesetzesnovelle eingebaut und damit dem heute zu beschließenden Gesetz vorgegriffen. Daher treten die Bestimmungen auch rückwirkend mit 1. 1. 1980 in Kraft. Die ÖVP wird dieser Gesetzesnovelle ihre Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Gossi das Wort.

Abgeordneter **Gossi** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Als 1973 das Gemeinde-Investitionsfondsgesetz hier in diesem Hohen Haus beschlossen wurde, waren wir Bürgermeister etwas skeptisch. Ich darf das sagen, weil ich selbst Bürgermeister einer mittleren Gemeinde unseres Landes bin und weil wir eine 30-prozentige Subvention vor Augen hatten, die nun scheinbar auf 10 Prozent plus einer Zinsstützung zurückgeführt wurde. In der Folge hat es sich jedoch gezeigt, daß diese Umstellung gerade für die Gemeinden, die tüchtig waren, die etwas geleistet und rasch gearbeitet haben, ein großer Vorteil war, denn sie wußten genau, daß sie mit diesen Mitteln zuverlässig rechnen konnten, und nicht mit 30 Prozent nach Maßgabe der Mittel des Landes. So darf ich als Abgeordneter und als Bürgermeister sagen, daß wir voll hinter dem Gemeinde-Investitionsfondsgesetz stehen konnten und daß wir mit diesem Gesetz zufrieden waren.

Das Gesetz sah allerdings nur Mittel für den Ausbau der Abwasserbeseitigungsanlagen und für die Müllbeseitigung vor. Naturbedingt werden sich meine Ausführungen mit den Ausführungen des Abgeordneten Dax ziemlich decken, da wir beide Mandatare des südlichen Burgenlandes sind und er außer seiner Pflichtübung, daß mehr bereitgestellt werden muß, praktisch doch auf einer Linie mit uns liegt. Damals wurden nur die Abwasserbeseitigungsanlagen und die Müllbeseitigung in das Gemeinde-Investitionsfondsgesetz einbezogen, denn zum damaligen Zeitpunkt schien es auch, daß die Wasserversorgung gesichert sei. Aber Herr Abgeordneter, wenn man vom Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland spricht, kann man ruhig auch Nationalrat Robak erwähnen. Auf Grund seiner Tüchtigkeit und seiner Energie hat er es zustande gebracht, gegen mancherlei Widerstände — sei es woher immer, wahrscheinlich von der rechten Hälfte — *(Abgeordneter Dr. Widder: Natürlich. — Weiterer Zwischenruf bei der ÖVP: Und Landesrat Bauer!)* einen Verband zu gründen, der voll und ganz seine Aufgabe erfüllt. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Wir können ihn nennen, er hat das wirklich gemacht. Fest steht, daß hier im Norden bahnbrechend gearbeitet wurde — das sage ich neidvoll als einer aus dem Südburgenland — und daß hier Maßstäbe für die Zukunft gesetzt wurden.

Die Versorgung im mittleren Burgenland schien ebenfalls gesichert und ist es auch heute noch. Nur im südlichen Burgenland, der Herr Abgeordnete hat ja die Zahlen weitgehend genannt, gab es eine

ganz andere Situation. Ich möchte jetzt aber nicht nachforschen, wieso es im südlichen Burgenland gerade zu dieser Entwicklung gekommen ist. Sie ist nun einmal vorhanden und läßt sich momentan nicht durch Schuld oder Nichtschuld ändern. Wir müssen aber alles daran setzen, um den südlichen Landesteil mit Wasser versorgen zu können; und zwar mit entsprechendem Wasser. Der Herr Abgeordnete hat die Zahl der Genossenschaften und der Gemeindegewässerleitungsverbände bereits genannt, ich darf mir das daher ersparen.

Als wir in meiner Gemeinde begonnen haben die Wasserleitung zu bauen, haben wir geglaubt, daß wir im Wasser erstickten. Als wir die zweite Quelle gehabt haben, meinten wir, jetzt haben wir genug. Zur Zeit haben wir schon vier Quellen und in fünf oder zehn Jahren werden wir zuwenig Wasser haben. Der steigende Wohlstand, — vielleicht darf man das auch hier sagen — bedingt durch die gute Wirtschaftspolitik der Regierung Kreisky, hat es eben ... *(Abg. Dr. Widder: Das ist eine Pflichtübung gewesen! — Heiterkeit bei der ÖVP.)* Herr Kollege! Ich wiederhole es und stehe dazu. Der steigende Wohlstand, bedingt auch durch die gute Wirtschaftspolitik der Regierung Kreisky, — *(Beifall bei der SPÖ.)* hat es mit sich gebracht, daß sich unsere Menschen höhere Lebensqualitäten aneignen konnten. Wer denkt da nicht an die vielen schönen Häuser, die bedingt durch englische WC's, durch Bäder und durch Waschmaschinen einen großen Wasserbedarf haben. Und wer mit Wasser zu tun hat, der weiß, was da an Wasser weggeht. Nun, durch diesen erhöhten Lebensstandard ist der Wasserbedarf wesentlich höher gestiegen als er auch von Fachleuten ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schmall.)* Herr Dr. Schmall, es ist nun einmal der Kreisky! Wenn er etwas Gutes tut, ist er es! Wenn er etwas Schlechtes macht, ist er es auch! *(Abg. Dr. Schmall: Bleiben Sie bei der Sache.)* Durch diesen erhöhten Lebensstandard ist der Bedarf an Wasser höher gestiegen als es die Fachleute damals geschätzt haben. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Im südlichen Burgenland ergibt sich nun das Problem, daß eine Änderung erfolgen muß. Und so schön das Konzept auch ist, den Offenbarungseid, Herr Dr. Dax, werden die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden, ob rot oder schwarz, ablegen müssen. Denn es wird nicht leicht werden, dieses Problem zu lösen. Wie sieht es denn am Wasserversorgungsgebiet aus? Es gibt Genossenschaften, Gemeindegewässerleitungen, die momentan glauben, daß sie für die nächsten zehn oder zwanzig Jahre noch genügend Wasser haben und die sich bestimmt nicht die Beine ausreißen werden, damit sie zahlen dürfen. Es gibt welche, die momentan genug Wasser haben und es gibt welche, die eben Not leiden.

Es gibt aber auch sehr unterschiedliche Preisgestaltungen. Es gibt Wassergenossenschaften, die im Jahr 200 Schilling als Pauschale für die Leistung

gen verlangen, es gibt aber auch Gemeinden, die acht Schilling pro Kubikmeter verlangen. Es gibt also eine Vielzahl von Tarifen und es ist eine Vielzahl von Widerständen zu erwarten, die aber im Interesse des gesamten südlichen Burgenlandes überwunden werden müssen. Wir, die Bürgermeister des Oberwart Bezirkes und die der nördlichen Gemeinden des Bezirkes Güssing haben bereits Taten gesetzt. Wir sind bereit, diese Aufgabe zu übernehmen, aufklärend zu wirken und auch die nötigen Voraussetzungen zu schaffen. Wir haben einen Arbeitsausschuß gegründet, dessen Aufgabe es ist, einen Wasserverband herzustellen. Denn anders als im nördlichen Burgenland, müssen wir davon ausgehen, wie es Doktor Dax richtig gesagt hat, daß wir das vorhandene Wasser eigentlich nur ergänzen müssen. Aber, meine Damen und Herren, gerade hier kommen große Probleme auf uns zu. Die verschiedene Herkunft des Wassers bedingt es, und wir sehen es heute in Oberwart, daß an und für sich gute Trinkwasserqualitäten aggressiv werden und aufbereitet werden müssen, wenn man sie vereinigt, was natürlich wieder erhebliche Kosten verursacht. Daher haben wir gesagt, wir gründen einen Arbeitsausschuß, der einen Verband ins Leben rufen soll, der vorerst für die Planung Sorge tragen muß, denn wir wollen nicht mehr ungeplant etwas unternehmen. Es soll vielmehr ein Projekt erstellt werden, das alle Möglichkeiten erfaßt, das alle Wasservorräte erfaßt und das vor allem feststellt, wo noch Wasser zu haben ist. Denn das gravierende Problem im Süden unseres Landes ist nämlich, daß wir kein großes Wasservorkommen haben, sondern eine Vielzahl von Quellen und uns Geologen sagen, daß auch in Zukunft nicht zu erwarten ist, auf große Unterwasserseen oder große Quellen zu stoßen. Es ist auch zu klären, ob die Brunnenfelder Oberwart, Unterwart und Rotenturm nicht irgendwie verbunden sind, und ob dann der andere weniger Wasser hat, wenn man einen Brunnen mehr belastet. All die Dinge müssen geklärt werden, müssen von Fachleuten überprüft werden. Es sind dafür Mittel des Bundes in Aussicht gestellt und sicherlich werden wir im Verhandlungswege auch bei der Landesregierung die Bereitstellung von Landesmitteln erwirken können. Wenn dieses Projekt erstellt ist, wollen wir die Gemeinden zusammenrufen, sie auf dieses Projekt fixieren und feststellen, wer beitreten will und wer nicht. Ich gebe Ihnen schon recht, Herr Kollege, freiwillig! Wir sind eine Demokratie, es wird auf freiwilliger Basis gehen, es wird kein Zwangsverband werden, weil es auch rechtlich kaum so leicht möglich sein wird. Aber eines wird festgelegt. So wie man es sich auf der Ebene des Landeswasserbauamtes in Oberwart gedacht hat, daß man einfach sagt, man kann dem Verband beitreten und wenn man will, wieder austreten, so einfach wird es nicht sein. Denn wenn einer austritt, ändern sich die ganzen Gegebenheiten für die restlichen Mitglieder. Wir werden Möglichkeiten schaffen, um diesen Verband herzustellen, wir werden das überflüssige Wasser, das gute Trinkwasser, Not leidenden Gemeinden zur Verfügung stellen, und wir werden nach Vorliegen des Projektes sicherlich so-

weit übereinkommen, daß ein Wasserverbund und damit ein Wasserverband geschaffen werden wird.

Es wird aber, und das möchte ich hier auch sagen, ohne eine gewisse Solidarität der Gemeinden untereinander nicht gehen. Es werden die Gemeinden, die zuviel Wasser haben, nicht sagen können, wir zahlen nichts, die anderen sollen zahlen. Es werden aber auch die, die zuwenig Wasser haben, ihren entsprechenden Anteil im Interesse der Funktionsfähigkeit leisten müssen. Uns schwebt vor, daß wir mit Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds und des GIF möglichst viele Arbeiten verrichten und durch den Verkauf des Wassers die Annuitäten decken können. Ich glaube, es wäre das sinnvollste, wenn wir es in diesem Sinne machen würden.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß die Ausdehnung des GIF auch auf die Wasserversorgungsanlagen von uns sozialdemokratischen Bürgermeistern begrüßt wird, besonders für den Süden unseres Landes. Sie haben, Herr Kollege Dax, von den Zinserhöhungen gesprochen. Selbstverständlich zahlt keiner gerne Zinsen, auch die roten Bürgermeister nicht. Aber ich möchte Ihnen eines sagen: Die Hypothekenbank wird sich bemühen, den Zinsfuß unter 10 Prozent zu halten, was doch auch wieder eine Erleichterung für die Gemeinden sein wird. Denn es ist immer wieder so, daß die Mittel, die man sicher bekommt, wesentlich besser sind und wesentlich kaufmännischer einzugliedern sind, als solche, von denen man von Jahr zu Jahr nicht weiß, wieviel man bekommt. Es ist ja leicht zu sagen, – und wer hört das nicht gerne – der Bund müßte mehr hergeben, das Land müßte mehr hergeben. Wie ich den Herrn Kollegen Widder, der anschließend zum Jahresabschluß sprechen wird, kenne, wird er von der Verschuldung des Landes reden. Wenn man mehr ausgibt, muß man eine größere Verschuldung in Kauf nehmen. Man muß halt alles von zwei Seiten sehen, Herr Kollege! Es ist halt leicht zu fordern. *(Abg. Dr. Widder: Sie müssen sich das überlegen! Sie werden sich wundern!)* Dann werde ich angenehm überrascht sein und werde es auch betonen.

Wir Sozialisten sind der Anschauung, daß diese Novellierung des Gemeinde-Investitionsfondsgesetzes für unsere Gemeinden eine gute ist, daß sie besonders uns in den südlichen Bezirken eine wesentliche Hilfestellung für die Versorgung unserer Bevölkerung mit gutem und qualitativ gutem Trinkwasser geben wird. Weil diese Novellierung nicht nur für den momentanen Zustand, sondern auch für die zukünftige Entwicklung auf diesem Gebiet in unseren Gemeinden eine vorteilhafte ist, werden wir gerne unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort. – Er verzichtet. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich ersuche jene Abgeordneten, die dem Gesetz in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. – Das Gesetz ist somit in



zweiter Lesung angenommen. Der Herr Bericht-  
erstatter beantragt die sofortige Vornahme der drit-  
ten Lesung.

Ich ersuche jene Abgeordneten, die dem Gesetz  
auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich  
von den Plätzen zu erheben. — Ich stelle die An-  
nahme des Gesetzes auch in dritter Lesung  
fest.

ter, der suspendiert wurde, Herr Kollege Stix, macht wie eine Schwalbe noch lange keinen Sommer. Hier hat es aber auch an entsprechenden Kontrollmechanismen gefehlt. Ich sage bewußt, hier hat es auch an Kontrollmechanismen gefehlt und leider Gottes fehlen diese Mechanismen auch weiterhin. Daß dies, meine Damen und Herren, gerade in Bereichen geschieht, in denen, wie in der Bundesregierung, nur eine Partei vertreten ist und wie in der Wiener Landesregierung ebenfalls nur eine Partei an der Verwaltung beteiligt ist, ist bezeichnend. Bezeichnend vielleicht gerade für die eine Partei. Hier fehlt aber darüberhinaus die innere Kontrolle. Die innere Kontrolle, die leider Gottes dem Mehrheitssystem der Bundesregierung, wie sie sich jetzt zusammensetzt, dem leider Gottes auch die Zusammensetzung der Wiener Landesregierung nicht innewohnt. Daß es im Bereich der burgenländischen Landesverwaltung zu ähnlichen Vorkommnissen nicht gekommen ist, ist sicherlich in erster Linie, und das sei lobend und erkennend erwähnt, dem Bemühen der zuständigen Politiker, ihre Aufgaben korrekt und verantwortungsbewußt zu erfüllen, zuzuschreiben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Darüberhinaus aber ist auch die innere Kontrolle, ist es diese Kontrolle, die dem System unserer Proporzregierung innewohnt, Gewähr dafür, daß derartige Skandale gar nicht erst entstehen können.

Hohes Haus! Ich möchte bei dieser Gelegenheit mit Befriedigung feststellen, daß es uns gelungen ist, in den in dieser Legislaturperiode in diesem Haus beschlossenen Verfassungsnovellen, den Bereich der Kontrolle der Verwaltung entscheidend zu verbessern. Ich bin auch erfreut darüber, daß bei den bisher geführten Verhandlungen um eine Neufassung der Burgenländischen Landesverfassung, ebenfalls Verbesserungen im Bereich der Kontrolle erreicht werden konnten. Im Zusammenhang mit der Errichtung von Kontrollinstanzen darf nicht danach gefragt werden, was billig und damit im Zusammenhang vielleicht populär ist; vielmehr muß die Frage nach der Wirksamkeit der Kontrolle gestellt werden. Wirksame Kontrolle kostet einmal Geld. Sie kann aber dem Steuerzahler unter Umständen Millionen oder wie das AKH Wien zeigt, vielleicht sogar Milliarden sparen.

Hohes Haus! Rechnungsabschlüsse geben Rechenschaft. Rechenschaft im politischen Bereich kann aber zumeist nicht kurzfristig über einen Zeitraum lediglich eines Jahres gegeben werden. Sie muß über einen längeren Zeitraum erfolgen. Gerade der jetzige Zeitpunkt ist dazu angetan, Rechenschaft über einen längeren Zeitabschnitt zu ziehen. All das nämlich, was wir heute an Leistungen vollbringen können, was wir an Aufbauarbeit fortsetzen können, ist auf einem Fundament gegründet, das Jahrzehnte zuvor gelegt worden ist. 35 Jahre sind es in diesen Tagen, daß die Republik, die 2. Republik errichtet wurde. 25 Jahre wird es in Kürze sein, daß Österreich den Staatsvertrag erhalten hat. Beide Jubiläen haben für unser Land eine besondere Bedeutung. Vor 35 Jahren wurde unsere Republik unter der Füh-

rung von Staatskanzler Renner wiedergegründet. Vor 35 Jahren haben burgenländische Patrioten unter der Führung von Lorenz Karall erfolgreich um die Wiedererrichtung unseres Heimatlandes gerungen. Vor 25 Jahren haben Politiker unter der Führung von Julius Raab erfolgreich die Verhandlungen um den Staatsvertrag abgeschlossen und am 15. Mai 1955 konnte der damalige Außenminister und vormalige Bundeskanzler Leopold Figl seine Unterschrift unter das Staatsvertragsdokument setzen. Es wurde in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten viel, ungeheuer viel in unserem Lande erreicht. Ein ausgeblutetes, zerstörtes, jahrelang von feindlichen Truppen besetztes Land wurde zu einem blühenden Gemeinwesen aufgebaut.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir von der Österreichischen Volkspartei bekennen uns zu diesem Aufbauwerk, das in den ersten zwei Jahrzehnten hauptverantwortlich von Männern der Volkspartei geformt wurde und an dem seit 1964 Vertreter der Österreichischen Volkspartei die Mitverantwortung tragen. Wir bekennen uns dazu, wir bekennen uns auch dazu, daß Leute wie Karall, Wagner, Lentsch seitens der Österreichischen Volkspartei, daß aber auch Leser, Bögl, Wessely seitens der Sozialistischen Partei, dieses Land in den ersten zwei Jahrzehnten dieser 2. Republik mitgestaltet haben. *(Zwischenruf des Abg. Stix.)* Herr Abgeordneter Stix, auch in den letzten zehn Jahren hat in diesem Lande die Österreichische Volkspartei entscheidend an der Gestaltung des Landes mitgearbeitet. Sehr entscheidend mitgearbeitet! *(Beifall bei der ÖVP.)* Und gerade Sie, Herr Abgeordneter Stix, sollten als Klubobmann der sozialistischen Fraktion in diesem Hause wissen, wie fruchtbar die Arbeit und die Zusammenarbeit mit dieser Österreichischen Volkspartei gerade in den letzten Monaten gewesen ist. Denn wir haben vieles an Gesetzen erreicht, was wir vor wenigen Jahren nicht zu träumen wagten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und hier, Herr Abgeordneter Stix, hat die Österreichische Volkspartei entscheidenden Anteil, daß das erreicht wurde. Wir haben, auch als die Österreichische Volkspartei die Mehrheit in diesem Lande im Jahre 1964 verloren hat uns nicht in den Schollwinkel der Opposition gestellt, weil es in diesem Lande keine Oppositionspartei gibt, zumindest nicht eine Oppositionspartei, die Österreichische Volkspartei heißt, sondern es gibt nur eine Österreichische Volkspartei, die in der burgenländischen Landesregierung Mitverantwortung trägt, deren Repräsentanten mitgestaltend und mitformend in diesem Land sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Jeder Rechnungsabschluß in den vergangenen 35 Jahren bildete eine Stufe aufwärts in der Entwicklung unseres Landes. Niemals hat es in der Gesamtschau in unserem Lande, — und wir sind froh und glücklich darüber — in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten einen Rückschritt gegeben. Wir wollen wünschen, daß dies auch in der Zukunft so sein möge und wir

von der Österreichischen Volkspartei werden dafür das unsrige beitragen. Unser Land hat gewaltig aufgeholt. Wir haben in allen Bereichen unseres wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens große Fortschritte erzielt. Wir haben in manchen Bereichen an den Standard anderer Bundesländer aufgeschlossen. Es war dies, und ich habe das bereits erwähnt, durch eine gemeinschaftliche Politik möglich. Durch eine Politik des Ausgleichs, durch eine Politik der Zusammenarbeit. Wir sind überzeugt, daß diese Politik auch in der Zukunft der einzig richtige Weg ist, unsere Probleme, die wir sicherlich noch haben, erfolgreich meistern zu können. Obwohl wir uns über das Erreichte freuen sollen, – und wir freuen uns auch darüber – dürfen wir doch nicht die noch offenen Anliegen und noch ungelösten Probleme unseres Landes und seiner Menschen außer acht lassen. Nichts wäre einer weiteren Aufwärtsentwicklung in unserem Lande hinderlicher als eine selbstgefällige Schönfärberei, die über alles den Schleier der Zufriedenheit legt. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir gerade im wirtschaftlichen Bereich in unserem Lande noch einen großen Aufholbedarf haben, und daß wir in diesem Bereich mit großen Problemen konfrontiert sind. Bei seiner Budgetrede am 11. 12. 1978 konnte Landesrat Doktor Vogl unterstreichen, daß von 1976 auf 1977 rund 600 neue industrielle Arbeitsplätze im Burgenland geschaffen werden konnten. Diese Steigerung mußte damals allerdings, und das hat Doktor Vogl wohlweislich verschwiegen, unter dem Aspekt gesehen werden, daß wir von 1975 auf 1976 in unserem Lande einen Rückgang an Industriebeschäftigten von rund 300 und von 1974 auf 1975 sogar einen Rückgang um über 700 zu verzeichnen hatten. Betrübtlich ist, daß es uns 1978 leider nicht geglückt ist, den Beschäftigtenstand der Industriearbeiter von 1974 zu erreichen, ja, daß vielmehr der Stand 1978 mit 11.636 im Jahre 1979 auf 11.624, wenn auch geringfügig, so doch rückläufig gewesen ist. Wir sind über diese Entwicklung nicht glücklich. Sie signalisiert uns aber, daß es uns in den letzten Jahren nicht geglückt ist, bei der Schaffung von zusätzlichen industriellen Arbeitsplätzen besondere Erfolge erzielen zu können. Wenn trotzdem zusätzliche Arbeitsplätze erfreulicherweise geschaffen wurden, so ist dies in erster Linie den heimischen gewerblichen Klein- und Mittelbetrieben zu danken. Darin dokumentiert sich einmal mehr die Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe für die burgenländische Wirtschaft. Wir sehen es daher als vordringlich, daß gerade der mittelständisch strukturierten Wirtschaft mehr als bisher Förderungen zuteil werden müssen. Dabei wissen wir um die begrenzten Möglichkeiten, die seitens des Landes dafür zur Verfügung stehen. Umsomehr müssen wir die vorhandenen Mittel wirkungsvoll einsetzen. Hier müßte aber im verstärkten Maße der Bund im besonderen mit Mitteln, und zwar Sondermitteln, für Grenzlandförderung einspringen. Der sozialistischen Bundesregierung müssen wir aber gerade auf diesem Gebiet größte Versäumnisse vorwerfen. Dieser Vorwurf ist umso erschwerender, zumal für die Ansiedlung eines Werkes eines internationalen Groß-

konzerns in Wien-Aspern größtmögliche Begünstigungen gewährt und rund 2,6 Milliarden Schilling Investitionskapital seitens des Bundes zur Verfügung gestellt werden.

In den Bereich der Wirtschaftsförderung und der Wirtschaftspolitik gehören drei weitere Problemkreise, von denen wir von der Österreichischen Volkspartei glauben, daß an ihrer Milderung beziehungsweise ihrer Beseitigung ständig und intensiver als bisher gearbeitet werden muß. Es sind dies:

1. das Problem der Jugendbeschäftigung,
2. die Abwanderung und
3. das Pendlerwesen.

Zum Problem der Jugendbeschäftigung und für die Bewältigung derselben wurde in einer von Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Sauerzopf in Auftrag gegebenen Analyse über die Beschäftigung und Bildung der Jugend im Burgenland bereits eine ausgezeichnete Vorarbeit geleistet. Es wurden darin auch Ansätze für Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Im Interesse unserer Jugend, die unserem Lande erhalten bleiben soll, muß das Problem der Arbeitsplatzbeschaffung so rasch als möglich wirkungsvoll in Angriff genommen werden.

Auch für die Eindämmung der beiden weiteren Problemkreise, nämlich der Abwanderung und des Pendelns, sind zusätzliche Arbeitsplätze erforderlich. Sowohl das Pendeln, als auch die Abwanderung sind Reaktionen auf einen Spannungszustand, der zumeist auf unbefriedigende ökonomische Situationen zurückzuführen ist. War, meine sehr verehrten Damen und Herren, die frühere Generation eher bereit, die Strapazen des Pendelns auf sich zu nehmen, so ist für die heranwachsende Generation das Pendeln zumeist die Vorstufe für das Abwandern. Um die Entvölkerung gewisser Bereiche unseres Landes aber hintanzuhalten, um das Pendeln mit allen seinen Nachteilen einzudämmen und um damit alle Gemeinden und Regionen unseres Landes als Heimat glücklicher und zufriedener Menschen erhalten zu können, müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, die Arbeitsplatzsituation im Lande zu verbessern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Kollegen und ich unterstützen daher die von der ÖAAB-Arbeiterkammerfraktion gestartete Initiative „Hilfe für die Pendler“. *(Abg. R o s c h: Wie soll denn die aussehen?)* Leider steht die zentralistische Wirtschaftsstrukturpolitik der SPÖ-Bundesregierung diesen unseren Bemühungen entgegen. Ich weiß jetzt nicht von wem die Frage gekommen ist, wie diese Förderung ausschauen soll. Aber ich könnte Ihnen schon ein Beispiel sagen: Nur ein Bruchteil der Förderung, die die Bundesregierung dem General Motor-Konzern für die Errichtung eines Werkes in Aspern im Ausmaß von 2,6 Milliarden Schilling zur Verfügung stellt, nur ein Bruchteil dieser 2,6 Milliarden Schilling, meine sehr verehrten Damen und Herren, in das Grenzlandgebiet Burgenland ver-



pflanzt und wir hätten die Gewähr, daß wir mit einem Schlag mindestens 1000 zusätzliche Arbeitsplätze im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe unseres Landes schaffen könnten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das, Herr Kollege, das ist nur ein Schritt, wäre nur ein Schritt *(Zwischenruf des Abgeordneten Resch.)* um die Arbeitsmarkt- und die Arbeitsplatzsituation im Burgenland zu verbessern. *(Abg. Böhm: Jawohl!)* Und ich würde Ihnen empfehlen, wenn es Ihnen möglich ist bei Ihrem Bundesvorsitzenden oder auch beim Herrn Finanzminister ein offenes Ohr zu finden, daß Sie ihm vielleicht einmal diesen Vorschlag unterbreiten. Den Vorschlag unterbreiten, daß er auch für das Burgenland nicht 2,6 Milliarden Schilling, sondern vielleicht 30 Millionen Schilling zur Verfügung stellt, um hier zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Sie haben durch Ihre Frage die Antwort provoziert, welche Möglichkeiten es hier gibt, um diese Arbeitsplätze zu schaffen, Herr Kollege Resch. Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie diese Frage gestellt haben, weil ich glaube, ich habe Ihnen darauf auch die passende Antwort geben können. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Resch: Da fehlt noch viel von der passenden Antwort.)*

Ich könnte Ihnen auch ein weiteres Beispiel sagen, *(Abg. Resch: Wir warten ja schon darauf.)* wie man vielleicht dem burgenländischen Pendler zusätzlich auch weiterhin einen Anreiz bieten könnte, daß er im Burgenland auch wohnhaft bleibt. Allein das Pendlerpauschale, das die Österreichische Volkspartei in Oberösterreich nun zur Diskussion gestellt hat, das jetzt *(Abg. Sipötz: Schafft Arbeitsplätze im Burgenland.)* die Arbeiterkammerfraktion unter dem Vizepräsidenten der Arbeiterkammer, Karl Kaplan, zur Diskussion gestellt hat, ist Anreiz dafür, daß die Pendler wieder in das Land zurückkommen und wieder hier ihre Heimat finden, ihre Familie hier gründen, ihre Wohnungen hier errichten, daß sie nicht abwandern und nicht unserem Lande verloren gehen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ein weiteres Beispiel, das ich Ihnen sagen könnte. Ich wundere mich nur, daß Sie so einfältig sind und daß Ihnen nicht selbst schon wenigstens ein Lösungsvorschlag zu diesem Problem eingefallen ist. *(Abg. Sipötz: Das Pendlerpauschale schafft Arbeitsplätze?)* Eines schaffe ich mit dem Pendlerpauschale, die Abwanderung wird gestoppt, lieber Freund! Und es gibt im Burgenland viele Gemeinden, in denen die Abwanderung ein horrendes Ausmaß angenommen hat. Um diese Abwanderung zu stoppen, trägt sicherlich dieses Pendlerpauschale entscheidend bei. Denn wenn jetzt der Benzinpreis auf zehn Schilling pro Liter hinaufsteigt, dann werden es sich manche Pendler überlegen, ob sie diese Anfahrtswege von ihrem Wohnort zum Arbeitsplatz in Kauf nehmen oder ob sie es nicht vorziehen, ihr Bündel zu packen und sich irgendwo in Wien eine Wohnung suchen, um sich diese Anmarschwege zu ersparen. Sehen Sie, meine Damen und Herren, diese Problematik müssen Sie auch einmal sehen, wenn wir vom Burgenland, von der Arbeit und von der Politik in diesem Land sprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Der Rechnungsabschluß 1979 bringt zum Ausdruck, daß unsere Finanzlage — ich habe das eingangs erwähnt — äußerst angespannt ist. Der gesamte Schuldenstand unseres Landes, einschließlich der inneren Anleihen und der Bundesstraßenvorfinanzierung beträgt zur Zeit 1,4 Milliarden Schilling; ohne innere Anleihe, ohne Bundesstraßenvorfinanzierung, immerhin 1,2 Milliarden Schilling. Diese 1,4 Milliarden Schilling sind 41 Prozent der Ausgaben des Jahres 1979. Es ist dies eine Entwicklung, die uns zu denken geben muß, wenn ich nur vergleichsweise Niederösterreich heranziehe. In Niederösterreich ist der Verschuldungsgrad bei 25 Prozent, und zwar bei 25 Prozent des Einnahmenrahmens, gelegen. In Tirol, Herr Landesrat, vielleicht wäre das als Beispiel heranzuziehen, liegt die Verschuldung bei 27,5 Prozent des Einnahmenrahmens. Bei uns im Burgenland bei 41 Prozent des Ausgabenrahmens.

Nun, Landesrat Vogl hat selbst erklärt und ich habe eingangs zitiert, daß dieser Schuldenstand zwar relativ hoch ist, aber er ist zweifellos noch vertretbar, sagt er weiter. Das fanden wir auch, und das hat sich auch in der Vollziehung dieses Budgets ausgewirkt. Aber eines Herr Landesrat Vogl, ich würde Sie bitten, daß Sie uns als Abgeordnete die mittelfristige Finanzplanung einmal zur Verfügung stellen. Ich habe gehört, — ich selbst war nicht Ohrenzeuge dieses Interviews — daß Sie gesagt haben, Sie hätten es im Konzept bereits fertig. Bitte schön, es wird dann nicht mehr viel Arbeit sein, dieses Konzept dann auch einmal fertigzustellen und zu einem Plan zu realisieren. Sie selbst haben bei Ihrer Budgetrede zum Budget 1980 angekündigt, daß Sie für eine mittelfristige Finanzplanung Vorbereitungen treffen, für einen Zeitraum von fünf Jahren, und daß diese Planungen bis Mitte des Jahres abgeschlossen sein sollen. Ich würde bitten, daß Sie uns diesen Plan, diese mittelfristige Finanzplanung zur Verfügung stellen, weil Sie ja weiter sagen, daß diese die Grundlage für die künftige Budgetpolitik sein wird. Und ich glaube, daß es angebracht ist, da demnächst die Budgetberatungen zumindest im Schoße der Regierung beginnen werden, daß auch die Abgeordneten von diesem mittelfristigen Budgetkonzept, von dieser mittelfristigen Budgetplanung Kenntnis haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei beziehungsweise die Regierungsfraction der Österreichischen Volkspartei trägt an der Vollziehung des Voranschlags 1979 die Mitverantwortung. Diese Vollziehung ist, wie der Rechnungsabschluß beweist, ordnungsgemäß erfolgt. Wir werden daher als ÖVP-Abgeordnete dem Beschlußantrag selbstverständlich unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Sipötz das Wort. *(Abg. Grandits: Jetzt könnt Ihr etwas hören — Heiterkeit bei der ÖVP.)*

**Abgeordneter Sipötz (SPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war natürlich zu er-

warten, daß der Redner der ÖVP nicht an der Frage des Allgemeinen Krankenhauses vorbeigehen konnte und hier natürlich seine Bemerkungen in den Raum stellen mußte. Wir sind überzeugt, meine Herren, daß es sich letzten Endes ähnlich verhalten wird wie bei der UNO-City. Daß Sie, wenn es fertig ist, genauso in der ersten Reihe sitzen werden und hoffen, daß Sie ins Fernsehen kommen, wie bei der Eröffnung der UNO-City. Und das, was Sie damit eigentlich erreichen wollten, den Finanzminister — was 1978 nicht gelungen ist, sollte jetzt 1980 gelingen — aus der Regierung zu bringen, (*Abg. Dr. Widder: Das kann nicht einmal der Kreisky*) auch das ist wieder fehlgeschlagen, das müssen Sie doch bereits begriffen haben. Der Finanzminister sitzt sicherer in seinem Sessel als je zuvor. (*Zwischenruf des Abg. Dipl. Ing. Halbritter — Beifall bei der SPÖ.*) Und wenn Sie immer wieder behaupten, durch den Bau des AKH in Wien (*Abg. Dr. Widder: Das ist kein Bau, das ist ein Skandal*) würden die Bundesländer in ihrem Spitalbau benachteiligt werden, meine Damen und Herren, wissen wir, daß seit eh und je tausende Burgenländer auch in Wien ärztlich versorgt werden. Und ich bin überzeugt, daß nach Fertigstellung dieses Baues weitere hunderte und tausende Burgenländer in Wien zusätzlich eine gute ärztliche Betreuung bekommen werden und daß gerade wir Burgenländer von diesem AKH profitieren werden. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abgeordneten Dipl. Ing. Halbritter.*)

Vielleicht noch eine zweite Bemerkung. Sie haben auch erwähnt, daß ein Wesenselement der Politik die Arbeit ist. (*Abg. Dr. Widder: Der Bund bezahlt ja 50 Prozent mit.*) Herr Kollege Widder, Sie haben unter anderem auch gesagt, daß ein Wesenselement der Politik die Arbeit ist und daß man sich Politik nicht so leicht machen kann und nur herumzufahren und zu repräsentieren. Ich frage mich nur, wen Sie damit gemeint haben? (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Dr. Widder: Sie können raten.*)

Meine Damen und Herren! Dem Hohen Haus liegt der Rechnungsabschluß für das Jahr 1979 zur Beratung und Genehmigung vor. Wenn wir die Entwicklung der letzten Jahre verstehen wollen, dann müssen wir, glaube ich, einen kleinen Rückblick halten. Wir haben in den Jahren 1976 und 1977 als Antwort auf die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1975 zwei Budgets beschlossen, die ohne Zweifel sehr stark expansiv waren. Das hat mit sich gebracht, daß die Verschuldung des Landes auch entsprechend angestiegen ist. Wir haben dann im Jahre 1978 ein Budgetprovisorium gehabt, das eine eindeutige Zäsur in dieser Entwicklung gebracht hat. Und wenn der Kollege Karall dieses Budgetprovisorium auch als Zwangskorsett bezeichnet hat, es hat immerhin bewirkt, daß die Zunahme der Verschuldung in diesem Jahr eindeutig zum Stillstand gekommen ist. Wir haben im Jahr 1979 ein Budget mit dem Ziel erstellt, — Herr Landesrat Vogl hat es in seiner Budgetrede deutlich zum Ausdruck gebracht — trotz schwerpunktmäßiger Konjunkturförderung keine wesentliche Erhöhung der Verschul-

dung des Landes in Kauf nehmen zu müssen. Und gerade Sie Herr Kollege Karall, haben in der Budgetdebatte zu diesem Budget erklärt, es wäre ein äußerst restriktives Budget. Die Wirtschaft würde keinerlei Impulse dadurch bekommen. (*Abg. Dipl. Ing. Karall: Vom Budget aus!*) Ja, vom Budget aus. Es war richtig budgetiert, Kollege Karall! Es hat wieder einmal Vogl recht behalten und nicht Karall! Wir haben 1979 in Österreich ein Wirtschaftswachstum von 5 Prozent gehabt und es wäre sicherlich ein Unsinn gewesen, in einem solchen Jahr ein expansives Budget in diesem Landtag zu beschließen und durchzuführen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Kollege Widder hat gesagt, er werde an der Verschuldung des Landes sicherlich keine Kritik üben. Ich habe aber eine Rundfunksendung gehört, in der der Rundfunkreporter die Auffassung vertrat, daß bei der letzten Sitzung des Landtagsklubs der ÖVP die Landesgebarung kritisiert wurde. Dem Anschein nach muß doch jemand da gewesen sein, der dem Rundfunk Auskunft in dieser Richtung gegeben hat. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Widder.*) Aber meine Damen und Herren, wir alle kennen die grundsätzlichen Forderungen, großzügige und unnütze Ausgaben im Budget einzuschränken oder überhaupt abzubauen und Umschichtungen, wie es so schön heißt, vorzunehmen. Wenn man aber jene Personen, — und diese Forderungen kommen ja in der Regel von Seiten derer, die weder ein Budget erstellen oder wenn schon, politisch nicht verantworten müssen — konkret fragt, wo denn großzügige Ausgaben eingespart oder überhaupt unnütze Ausgaben eingespart werden könnten, wo die Umschichtungen vorgenommen werden sollen, (*Abgeordneter Dr. Schmall: Wen meinen Sie damit?*) dann zeigt sich, daß das Ganze nur propagandistische Floskeln sind und nicht ernst genommen wird.

Meine Damen und Herren! Wenn wir rückblickend für das Jahr 1979 die Entwicklung anschauen, so können wir feststellen, daß sowohl auf Bundesebene als auch im Land richtig budgetiert und richtig gewirtschaftet wurde. Vor einigen Tagen haben wir erfahren, daß der Abgang im Bundesbudget geringer ist, als erwartet. Und wenn wir das burgenländische Landesbudget für das Jahr 1979 uns ansehen, dann müssen wir auch feststellen, daß das, was wir gewollt haben, auch tatsächlich erreicht wurde.

Ich weiß schon, Sie befinden sich in einem gewissen Dilemma. Auf der einen Seite sind Sie Regierungspartei und Ihre Regierungsmitglieder möchten natürlich genauso wie die anderen möglichst viel Geld zum Verteilen haben. Wer spielt nicht gerne Weihnachtsmann und das nicht nur am 24. Dezember, sondern das ganze Jahr hindurch? Auf der anderen Seite müssen Sie natürlich als zweitstärkste Partei Kritik üben und so tun, als wäre das Ganze nicht in Ordnung. Nur bin ich der Meinung, daß diese Taktik auf gar keinen Fall im Bereich des Budgets, im Bereich des Rechnungsabschlusses aufge-

hen kann, wo ja das Budget ein Jahr vorher gemeinsam beschlossen wurde. *(Abg. Dipl. Ing. Karall: Es gilt noch die Euphorie des fünf Millionen Überschusses. Das wollte ich nur feststellen!)* Herr Kollege, kein Mensch hat von Euphorie gesprochen. Jeder weiß, daß die fünf Millionen Schilling eben durch die Darlehensaufnahmen rein buchhalterisch als Überschuß aufscheinen. Das bestreitet ja auch kein Mensch. Nur das, was Sie auf Bundesebene versuchen, nämlich diese Panikmache im Bereich der Wirtschaftspolitik, wenn das tatsächlich ernst genommen würde und wenn die Menschen tatsächlich der Auffassung wären, daß die sozialistische Bundesregierung so schlecht wirtschaftet, dann müßte das doch ganz bestimmte, rein psychologisch bedingte, Auswirkungen haben. *(Abg. Dipl. Ing. Halbritter: Schön langsam!)* Ich kann mir nicht vorstellen, daß unter diesen Umständen in der Wirtschaft derartig investiert würde und daß der Konsument bereit wäre, sein Geld auszugeben. Er würde ganz sicher alles für einen Notgroschen für künftige schlechte Jahre zurücklegen. Und wenn wir uns gerade... *(Abg. Böhm: 44 Mandate, Herr Kollege, haben wir gewonnen! — Abg. Puhm: Endlich ein Erfolgserlebnis! — Abg. Stix: Zehn Jahre schon nichts.)* Wenn wir uns gerade die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1979 vor Augen führen, dann müssen wir eines feststellen: Die Unternehmer, Kollege Böhm, haben noch nie so investiert, wie gerade im Jahr 1979 und die Konsumenten haben noch nie so gekauft, wie gerade im Jahr 1979. Das zeigt sich ganz deutlich in der Entwicklung des Exportes und des Importes. Mit einem Wort, wir können mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Jahres 1979 sehr zufrieden sein. Wir haben ein hohes Wirtschaftswachstum erreicht, wir haben unsere Spitzenstellung unter den preisstabilsten Ländern der westlichen Industrieländer halten können und wir haben mit beinahe 2,8 Millionen Beschäftigten einen neuen Rekord in unserem Lande aufgestellt. Dabei müssen wir sagen, daß wir bei der Erstellung des Budgets 1979 noch auf Prognosen angewiesen waren. Und gerade im Vergleich der Prognosen mit dem, was dann tatsächlich erreicht wurde, zeigt sich der Erfolg der Wirtschaftspolitik dieser sozialistischen Bundesregierung. Wenn man mit 3 Prozent Wachstum gerechnet hat oder sich erhofft hat und tatsächlich 5 Prozent erreicht hat, ist das ohne Zweifel ein Erfolg. Wenn man mit einer Zunahme der Arbeitslosenrate auf 2,4 Prozent gerechnet hat, tatsächlich aber 2 Prozent gehalten werden konnten, praktisch die Vollbeschäftigung, dann ist das unserer Meinung nach, meine Herren, ein Erfolg. Und wenn wir die Preissteigerungsrate mit 3,7 Prozent auf einem Niveau wie kaum ein zweiter Staat gehalten haben, dann glauben wir, daß das ein Erfolg ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Kollege Katsich hat sich bei der letzten Debatte über den Rechnungsabschluß darüber beklagt, daß die Bevölkerung die Verschuldung der öffentlichen Hand nicht entsprechend ernst nimmt. Herr Kollege Katsich warum? Glauben Sie wirklich, daß sich der Mensch draußen Sorgen macht, wie der

Landesrat Vogl oder Finanzminister Androsch die Schulden der öffentlichen Hand zurückzahlt? Solange sie einen sicheren Arbeitsplatz haben, solange sie eine gesicherte Pension haben, solange ihre Kinder eine entsprechende Ausbildung genießen, solange sind die Menschen mit dieser Politik zufrieden. *(Abg. Dr. Katsich: Das ist aber auch nur eine Frage der Zeit.)* Die Wahlergebnisse der letzten Jahre haben gezeigt, daß wir richtig liegen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich gebe ohne weiteres zu, meine Herren, daß die internationale Wirtschaftsentwicklung vor allem durch das Ansteigen der Energiepreise im Jahre 1980 eine höhere Inflationsrate sicherlich auch bei uns in Österreich bringen wird. Erst gestern hat Professor Koren — man würde ihn mit geschlossenen Augen im Fernsehen kaum wiedererkennen, wenn man vergleicht was er jetzt sagt und was er vor drei, vier Jahren immer gesagt hat — erklärt, wir müßten auf jeden Fall versuchen, den harten österreichischen Schilling zu halten, um ein größeres Leistungsbilanzdefizit zu verhindern und unseren Stabilitätvorsprung gegenüber den anderen Staaten zu wahren.

Meine Damen und Herren! Es gibt ja kaum einen, der berufener wäre Aussagen über die Wirtschaftspolitik zu machen, als Ihr ehemaliger Klubobmann Prof. Dr. Koren. Und seit er nicht mehr Klubobmann ist, ist er eigentlich mit der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik sehr, sehr zufrieden. *(Abgeordneter Dipl. Ing. Karall: Plötzlich ist man einverstanden. Wir haben das auch vorher gewußt, daß er gut ist.)* Herr Kollege Karall, das ist das Problem, das Sie mit Ihren Leuten haben und nicht wir mit den unseren. *(Abg. Dipl. Ing. Halbritter: Ihr habt andere! — Weitere Zwischenrufe.)* Wir glauben, daß wir aber auch die Probleme der achtziger Jahre, wenn wir sie richtig erkennen, ohne Zweifel werden lösen können. Ich gebe ohne weiteres zu, daß das Vertrauen in jene Technokraten, die der Meinung waren, alles wäre machbar, bis zu einem gewissen Grad erschüttert ist. Nur eines bitte, wozu die Burgenländer garantiert kein Vertrauen haben, das sind jene Utopisten, die heute erklären, alles was bisher im Bereich der Wirtschaft geschehen ist, das war nicht in Ordnung und die plötzlich von einem Wachstumsverzicht sprechen und mit dem großen Ruf „zurück zur Natur“ glauben, neue Perspektiven eröffnen zu können. *(Abg. Dipl. Ing. Karall: Das ist wahrscheinlich der biologische Landbau — Weitere anhaltende Zwischenrufe.)* Bitte, wer? Irrtum! Der große Proponent für das Naturschutzgebiet rund um den See ist doch der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Sauerzopf. Der will doch drüben unbedingt ein großes Naturschutzgebiet errichten. Nur kommt er beim Herrn Landesrat Wiesler mit diesen Vorstellungen nicht ganz durch. Das aber ist sein Problem.

Meine Damen und Herren! Wir werden in den nächsten Jahren sicherlich erleben, daß die Eingriffe der öffentlichen Hand in die Wirtschaft immer größer werden und immer stärker werden. Und wenn der Herr

Kollege Widder für das Wort Budgetpolitik eine lange Definition gebraucht hat, sage ich, Budgetpolitik ist die in Zahlen gegossene Wirtschaftspolitik. Wir werden daher in Zukunft in noch viel stärkerem Ausmaß über die öffentliche Hand Einfluß in die Wirtschaft nehmen müssen, die Wirtschaft entsprechend steuern müssen. Wobei natürlich, meine Damen und Herren, bei dieser Gelegenheit... (Abg. Böhmer: Steuern! — Abg. Dr. Dax: Mit Steuern! — Abgeordneter Dipl. Ing. Dr. Rauchwarter: Die steuern uns schon!) Wir werden steuern müssen! Ich komme noch darauf zurück, Herr Kollege! Ihre Taktik ist ja bekannt. Einerseits wollen Sie Steuern senken und damit die Einnahmen, zugleich aber sollen die Ausgaben kräftig erhöht werden. (Abg. Dr. Katsich: Aufpassen!) Das ist etwas, was bis heute noch keiner fertiggebracht hat, auch Sie nicht, meine Herren! Und auf der anderen Seite erklärt der Herr Dr. Busek, seines Zeichens nichts arbeitender Vizebürgermeister in Wien, (Zwischenruf bei der ÖVP: Der tut Euch weh!) die Politik der Sozialisten gleiche einem Bauchladen, bei dem sich jeder nach Bedarf bedienen kann. Das war sicherlich auf die Handelskammerwahl gemünzt. Es hindert aber den ÖAAB in ihrer Partei nicht, ständig eine Vergrößerung dieses Bauchladens zu fordern, damit man sich noch besser darin bedienen kann. Und ihr letzter großer Gag — der Herr Kollege Widder hat es vorhin auch erwähnt — ist das sogenannte Pendlerpauschale. Mangels eigener Ideen der Arbeiterkammerfraktion und ihres Vizepräsidenten hat man diese Totgeburt, die ein Einfall aus Oberösterreich war und sich zu einem Reinfluss im Burgenland entwickelt hat, natürlich sofort importiert. (Abg. Böhmer: Der Reinfluss befindet sich in der Schweiz.) Wir wissen, meine Damen und Herren, daß pendeln seit Jahrzehnten ein burgenländisches Schicksal ist. Nur durch die Entwicklung der Wirtschaft, durch die Mobilität der Arbeitsplätze und durch die Mobilität der Arbeitnehmer, ist heute pendeln nicht mehr auf den ländlichen Raum beschränkt, pendeln ist heute bereits auch ein Phänomen innerhalb der Ballungsräume. Wir werden in einer modernen Wirtschaft das Pendeln unter gar keinen Umständen abschaffen können. Was wir machen müssen, ist, es zu erleichtern. (Abg. Dr. Dax: Das wollen wir ja. — Abg. Dr. Widder: Eindämmen müssen wir es auch.) Herr Kollege! Immer mehr Arbeitnehmer sind bereit, für eine besser bezahlte Arbeit, für eine Arbeit, die ihnen besser zusagt, auch einen entsprechend längeren Weg zur Arbeit in Kauf zu nehmen. Aber hier liegt der grundsätzliche Unterschied zwischen Ihrer Wirtschaftspolitik und der unseren. (Zwischenruf bei der ÖVP: Das kann man wohl sagen.) Ihr ÖAAB bringt den Vorschlag eines Pendlerpauschales ohne sagen zu können, wer bestimmt, wer ein Pendler ist. Ist es derjenige, der innerhalb des Bezirkes pendelt, der über die Bezirksgrenzen hinausgeht, oder der vielleicht sogar über die Landesgrenze hinausgeht. (Abg. Dr. Widder: Wenn das das größte Problem wäre.) Sie können auch nicht sagen, wie hoch dieses Pendlerpauschale sein soll. Und Sie können auch nicht sagen, woher das Geld für dieses Pendlerpauschale kom-

men soll. Herr Kollege! Wir halten es für wesentlich besser und günstiger, Geld der öffentlichen Hand zur Verfügung zu stellen, (Abg. Dr. Katsich: Daran soll es nicht scheitern.) um Arbeitsplätze im Lande zu schaffen (Abg. Dipl. Ing. Karall: Auch das.) und nicht durch das Pendeln fremde Arbeitsplätze in anderen Bundesländern zu subventionieren. Sonst könnten wir eines erreichen, daß heute die Väter pendeln und morgen die Söhne und übermorgen deren Enkelkinder pendeln müssen. (Abgeordneter Dr. Widder: In Oberösterreich zustimmen.) Denn wir erleben ja eines: Die Pendler von heute sind meistens die Abwanderer von morgen. Und daher müssen wir trachten, daß wir, soweit es nur irgendwie geht, für die jungen Menschen Arbeitsplätze im eigenen Land schaffen. (Demonstrativer Beifall bei der ÖVP — Abg. Dr. Widder: Frei nach Widder.)

Meine Damen und Herren! Die Pendler gehören sicherlich zu den besser verdienenden Arbeitnehmern in unserem Lande. Ein Pendlerpauschale würde zwar ihr Einkommen erhöhen, aber die Schwierigkeiten, die mit dem Pendeln verbunden sind, würden unter gar keinen Umständen dadurch gemildert werden. Wir glauben daher, daß wir durch den Ausbau der Straßen und durch entsprechende Umfahrungen das Pendeln wesentlich erleichtern können. (Abg. Dipl. Ing. Halbritter: Aber!) Aber, Herr Kollege, ich weiß schon, (Abg. Dipl. Ing. Halbritter: Das verhindern Sie ja dauernd.) wenn eine Umfahrung gebaut wird, dann denken Sie nicht an die Pendler, Sie denken an den eigenen politischen Vorteil. Sie glauben, daraus politisches Kapital schlagen zu können, auch wenn weiterhin alle Pendler des Seewinkels sich durch Neusiedl durchquälen werden müssen. Das ist Ihre Politik! (Beifall bei der SPÖ — Zwischenruf des Abg. Dipl. Ing. Halbritter.) Wir sind weiter der Meinung, daß wir das Geld in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs stecken sollen, daß die Gestaltung der Fahrpläne entsprechend sein muß und daß der Zubringerdienst entsprechend eingerichtet werden muß, damit der öffentliche Verkehr von den Pendlern auch in Anspruch genommen wird. Das, meine Damen und Herren, ist eine echte Politik für die Pendler, nicht aber einfach im Gießkannenprinzip Geld zu verteilen, wie Sie das wollen! (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dipl. Ing. Karall.)

Ich glaube, daß wir in den letzten Jahren mit dieser Politik auch einen entsprechenden Erfolg erzielt haben. Ich denke dabei nur an die Schnellbahnverbindung von Neusiedl nach Wien und an den Ausbau unserer Straßen. Das alles wird sicherlich dazu beitragen, daß für diejenigen, die pendeln müssen, dieses Los, soweit nur irgendwie möglich, erleichtert wird. Das, meine Damen und Herren, zum Allgemein.

Und jetzt einige Worte zu den konkreten Zahlen des Budgets. Wir haben im Voranschlag mit Einnahmen von 2.863.000.000 Schilling gerechnet und Ausgaben in der Gesamtsumme von 3.084.000.000



Schilling vorgesehen gehabt. Wir haben tatsächlich 3.216.000.000 Schilling eingenommen und 3.211.000.000 Schilling ausgegeben. Daher kommen die ominösen fünf Millionen, die Herrn Kollegen Karall so erheitert haben.

Wir können hier eines ganz deutlich feststellen: Sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben wurde äußerst vorsichtig budgetiert. Und nachdem beide im gleichen Ausmaß angestiegen sind, ist sowohl bei der Darlehensaufnahme der vorgesehene Rahmen eingehalten worden und ist auch die Verschuldung des Landes im vorgesehenen Ausmaß angestiegen. Damit Sie aber etwas höhere Zahlen und einen etwas höheren Prozentsatz vorweisen können, nehmen Sie bei der Verschuldung natürlich immer die Bundesstraßenvorfinanzierung mit hinein; das sind immerhin bereits 110 Millionen Schilling. Das sind ja keine Schulden die das Land hat, (Abg. Dipl. Ing. Karall: Nein?) das sind ja Schulden, die der Bund an das Land hat, daher keine echten. (Abg. Dipl. Ing. Karall: Aber wir zahlen müssen. Herr Kollege, Sie werden die Mehrkosten, die wir bezahlen müssen, mitbeschließen müssen.) Wir haben es bezahlt, die Beträge vorfinanziert, aber der Bund wird sie an uns zurückzahlen.

Die echten Schulden am Beginn des Jahres 1979 haben ohne Bundesstraßenvorfinanzierung 1.177.000.000 Schilling betragen. Am Ende des Jahres 1979 haben wir 1.289.000.000 Schilling Schulden gehabt, was eine Zunahme um 113 Millionen Schilling bedeutet. Das ist die tatsächliche Entwicklung. Und wir glauben, daß es eine Entwicklung ist, mit der wir zufrieden sein können.

Sie haben vorhin ein mittelfristiges Budget- oder Finanzkonzept verlangt. Herr Landesrat Vogl hat es in der Budgetrede bereits angekündigt und wie er im Rundfunk gesagt hat, ist es im Entwurf bereits fertig und wird demnächst vorgelegt werden. Wir werden sicherlich in nächster Zeit dieses mittelfristige Budgetkonzept bekommen und wahrscheinlich auch darüber beraten können. Das Ziel, oder besser gesagt, die Frage ist ja nicht wie hoch der Schuldenstand ist, die Frage ist, wie hoch sind die jährlichen Schuldentrückzahlungen! Denn es geht darum, ob wir in der Lage sind, die jährlich anfallenden Rückzahlungen auch zahlen zu können.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß der Rechnungsabschluß für das 1979 gezeigt hat, daß in diesem Land sehr verantwortungsbewußt gewirtschaftet wurde, und daß das, was der Landtag im Budget beschlossen hat, auch tatsächlich durchgeführt wurde. Ich darf daher für meine Fraktion sagen, daß wir diesen Rechnungsabschluß zur Kenntnis nehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Ich erteile des Wort dem Herrn Landesfinanzreferenten.

Landesrat Dkfm. Dr. Vogl: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte mich vorerst

auch namens der Landesregierung für die kritische Würdigung der Vollziehung des Budgets 1979 bedanken und auch darauf hinweisen, daß die Redner beider Fraktionen gesagt haben, daß wir das Budget so vollzogen haben, wie es vorgezeichnet gewesen ist, und daß die Überschreitungen in einem Rahmen sich bewegt haben, der durchaus üblich, ja eigentlich unter der normalen Grenze gelegen ist. Und wenn es größere Überschreitungen gegeben hat, dann haben sie die entsprechenden Deckungen sowohl in den Durchführungsbestimmungen wie auch in den Beschlüssen der Landesregierung gehabt. Ich möchte aber der Ordnung halber doch darauf hinweisen, daß die Ausgangslage für die Erstellung des Budgets und für die Vollziehung des Budgets für 1979 das Jahr 1978 gewesen ist, das uns doch einen vernünftigen Rahmen vorgezeichnet hat. Und das sage ich nicht mit Groll oder Bitternis, sondern eigentlich erfreut, den 1978 ist der Schuldenstand sogar zurückgegangen, — auch das muß man sagen — weil die Tilgungen höher waren als die Aufnahmen von Darlehen. 1979, das hat der Landtagsabgeordnete Widder betont, ist ein Jahr einer mäßigen Ausweitung gewesen, und ich glaube, daß das durchaus im Sinne einer Anpassung des Budgets an die Notwendigkeiten und auch im Sinne einer entsprechenden Reduzierung der Darlehensaufnahmen lag, was, wenn möglich, fortgesetzt werden soll. Ich möchte allerdings auch darauf verweisen, daß wir sehr genau budgetiert haben und die Herren deshalb auch nichts zu kritisieren gefunden haben. Ich hätte mir allerdings ein bißchen Lob erwartet, — denn wer hört nicht gerne Lob (Heiterkeit auf beiden Seiten. — Abg. Dr. Widder: Ich habe geglaubt, das wird der Kollege Sipötz machen.) von der Abgeordnetenbank — daß wir so genau und so präzise budgetiert haben. Bitte, das gilt ja für beide! Ich mache dabei gar keinen Unterschied! (Allgemeine Heiterkeit. — Abg. Doktor Katsich: Herr Landesrat, Lob kann niemals Sache der Kontrolle sein.) Hin und wieder schon auch. Es hat mich sehr gefreut, daß der Herr Abgeordnete Widder gesagt hat, daß wir alles durchaus korrekt, in gegenseitiger Kontrolle, das ist ja auch das Wichtige bei der Budgetvollziehung, und in einem ordentlichen Rahmen durchgeführt haben. Ich werde bei entsprechender Gelegenheit — ich glaube, es wird bald dazu eine Möglichkeit bestehen — auch über den Baufortschritt beim Landeskrankenhaus Oberwart berichten können, wo wir sehr genau im Rahmen der Bauziele und auch der Finanzierungsziele liegen. Und es wird wahrscheinlich, wenn man den langen Zeitraum von der Planung an — relativ langen, von 1971 an — bis zur Fertigstellung berechnet, insgesamt nur eine Baukostenüberschreitung von 20 Prozent geben und die Kosten pro Bett werden 1.213.000 Schilling betragen, was ein durchaus vernünftiger und eigentlich erheblicher Betrag ist. (Abg. Dr. Widder: Im Gegensatz zu 17 Millionen beim AKH.) Natürlich darf man nicht vergessen, daß ein Krankenhaus, wenn es auch zehn oder elf Abteilungen hat, ganz etwas anderes ist, als eine universitäre Klinik mit allen Nebeneinrichtungen, Hörsälen und so weiter. Das dazu!



Noch etwas möchte ich sagen, was ich vielleicht etwas scharf ausgedrückt habe, aber ich wiederhole es: Ende 1979 haben wir an echten Darlehen 1.213.000.000 Schilling gehabt. Die 109 Millionen Schilling sind Darlehensaufnahmen, die das Land im Rahmen der Bundesstraßenvorfinanzierungsgesetze durchgeführt hat und die vom Bund, sowohl was die Darlehensrückerstattung wie auch zum Teil die Verzinsung anlangt, sofort mit Darlehensaufnahme — und das war ein Vorteil für das Land, der ja 87 Millionen gebracht hat — abgestattet wird.

Die innere Anleihe wird 76 Millionen Schilling betragen. Das ist jener Betrag, um den der Überschuß sozusagen die innere Anleihe verkürzt. Aber besser ein Überschuß als gar keiner, Herr Klubobmann. Das meine ich, auch sagen zu müssen! (*Abg. Dipl. Ing. Karall: Ja, bitte, den kann man auch konstruieren, das nächste Mal ein bisserl etwas aufnehmen, dann bleibt schon etwas.*)

Die Rückzahlungsquote, das ist vielleicht ein bißchen zu wenig hervorgehoben worden, beträgt in diesem Jahr 190 Millionen Schilling, also Tilgung und Verzinsung. Und sie wird im nächsten Jahr deswegen etwas höher sein, darauf möchte ich gleich aufmerksam machen, weil die Verzinsung ganz allgemein und weltweit gesehen höher geworden ist. Derzeit verzinsen wir unsere gesamten Darlehen mit einem Schnitt von unter 9 Prozent, wobei sich der Schnitt sicherlich auf 10,25 bis 10,50 erhöhen wird. Das heißt also, unsere Darlehen werden, rein von der Verzinsung her, um etwa 18 Millionen Schilling jährlich mehr kosten. Auch das muß man einmal in diesem Rahmen — ich glaube, der Landtag hat ein Recht darauf, das auch zu erfahren — sagen.

Die mittelfristige Finanzplanung, damit komme ich schon zum Abschluß meiner kurzen Ausführung, liegt bereits im Entwurf vor. Wir haben dafür ein eigenes Programm erstellen können und ich möchte doch darauf hinweisen, daß die Einführung der Mehrphasenbuchführung uns sowohl die Vorarbeiten dazu, wie auch die Voranschlagserstellung und letzten Endes auch die schnelle Vorlage des Rechnungsabschlusses ermöglicht hat, was ja der Herr Abgeordnete Katsich immer wieder urgieret hat. Ich glaube, wir sind das erste Bundesland, das schon jetzt den Rechnungsabschluß vorlegen kann. Aber die Mehrphasenbuchführung hat uns auch sonst sehr viel gebracht. Wir wissen ganz genau wie es mit den Bindungen, mit den zukünftigen Verpflichtungen aus-

sieht. Und letzten Endes ist es auch so, daß die mittelfristige Finanzplanung der Landesregierung in sehr absehbarer Zeit vorgelegt werden wird, sodaß wir eine Übersicht über fünf Jahre haben. Aber eines möchte ich doch in aller Deutlichkeit sagen: Diese Finanzplanung kann keine politische Vorentscheidung sein, sondern es kann nur ein Rahmenplan, eine Richtlinie sein, denn das Budgetrecht ist das höchste Recht des Landtages und muß nach wie vor dem Landtag vorbehalten werden. Denn jede politische Entscheidung, die über diese Rahmenrichtlinien hinausgeht, muß man natürlich auch berücksichtigen und entsprechend betonen, damit es nachher nicht heißt, in der Finanzplanung stünde es so drinnen, es kommt aber etwas anderes heraus. Das kann durchaus möglich sein, das möchte ich nur der Ordnung halber sagen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch dafür danken, daß sich die Damen und Herren Abgeordneten so intensiv mit dieser Vorlage der Regierung beschäftigt haben und möchte mich auch bei meinen Mitarbeitern für diese wirklich sehr gründliche Arbeit und für diesen übersichtlichen und jetzt sehr, sehr gut durchdachten Rechnungsabschluß samt Beilagen herzlich bedanken und danken, daß das so schnell möglich gewesen ist.

Auch Ihnen nochmals herzlichen Dank für die anerkennenden Worte, die nicht nur der Regierung gegolten haben, wie ich annehme, sondern allen Mitarbeitern im Lande. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident:** Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich erteile daher der Frau Berichterstatter das Schlußwort. — Sie verzichtet. Ich lasse nunmehr über den Beschlußantrag abstimmen. Ich bitte jene Abgeordneten, die dem Beschlußantrag ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Sitzen zu erheben.

Der Antrag ist angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich darf noch mitteilen, daß aus Anlaß des 25. Jahrestages der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages der Burgenländische Landtag am Mittwoch, dem 14. Mai 1980, um 9 Uhr 30, zu einer Festsetzung zusammentreten wird. Die schriftliche Einladung zu dieser Festsetzung wird rechtzeitig ergehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 11 Uhr 40 Minuten**